parteiunabhängig – kritisch – berufsständisch

„GZ02Z030371M“ P.b.b.
Verlagspostamt: 4020 Linz

Unabhängige Bauernzeitung

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes Nr. 99/12/13

Wir haben verlernt die Augen auf etwas ruhen zu lassen,
deshalb erkennen wir so wenig. *Jean Giono*

Und dennoch so weitermachen?

Auch wenn von obersten Stellen dies bestritten wird, Tatsache ist, dass Wachsen und Weichen in der nationalen, wie auch in der EU-Agrarpolitik, ganz oben auf der Tagesordnung steht. Förderungen, Prämien und dergleichen sind und werden danach ausgerichtet. Nicht die Arbeit, sondern Flächen werden gefördert! Zahlen aus „Grüner Bericht 2013“ und aus „Agrarpolitik 2012/13 – Fakten und Daten zur Land- und Forstwirtschaft 2012“ machen dies ganz deutlich.

Gleich vorne weg, diese Zahlen sind erschreckend, aber keine Regierung zeigt sich davon beeindruckt, ändert etwas. Dies, obwohl es um Ernährungssicherheit, auch um Ernährungssouveränität geht, die alle Menschen in Österreich davor bewahrt, von einer industriealisierten Landwirtschaft verpflegt zu werden, anstatt von einer bäuerlichen. Dass dies dann hormon- und gentechfrei, in bester Qualität und nachhaltig, umweltfreundlich geschieht ist auszuschließen. Dazu kommt, was die Entscheidungsträger bis heute nicht zu kümmern scheint, dass mit dem Bauernsterben zehntausende Arbeitsplätze vernichtet werden und dadurch ein gewaltiger Zuzug in die Städte, die Ballungszentren ausgelöst wird. Das ist weltweit für jedermann sichtbar und wurde jüngst auch in Österreich dokumentiert. Aber, wie in einer gedankenlosen Litanei wird immer wieder betont, wie wichtig, wie notwendig, ja wie unersetzlich die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe für Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Umwelt sind. – Wie die Realität ausschaut, dazu etliche Zahlen:

44.191 Betriebe weniger!

Allein zwischen 1999 und 2010, in nur 11 Jahren, nahm die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Beriebe in Österreich um 44.191, das sind 20,32 % ab. Das heißt, je Monat sperrten 335 Betriebe zu, pro Tag 11. Es wird meist nicht gesehen, die Höfe stehen ja noch. – 88 Prozent dieser Betriebe kommen aus den Größenklassen unter 5 ha bis 50 ha. Im Detail sieht dies folgendermaßen aus:

Bei den bäuerlichen „Unternehmen“ unter 5 ha waren dies minus 35 %, von 5 bis 10 ha – 23 %, von 10 bis 20 ha – 25 %, von 20 bis 30 ha minus 6.442 Betriebe oder 22 % und von 30 bis 50 ha auch noch 2.022 Betriebe oder 7 Prozent. *(Fortsetzung auf Seite 3)*

Es braucht ein neues System!

Aus einem Vortrag von DI Dr. Franz Fischler in Kärnten (Herbst 2013)

„Dieses Problem gibt es nur in Österreich, das ist auffällig“, sagt der frühere EU-Agrarkommissar zum Konflikt um die Almfutterflächen-Feststellung. Österreich habe dieses Problem selbst produziert. Er habe als Vorsitzender der „Soko Alm“, die man schon vor zehn Jahren hätte einführen müssen, nach Almkontrollen im Sommer, dem Minister die Problematik aufgezeigt und eine Beurteilung geliefert. **„Mit Hilfe der österreichischen Methode kann man bestenfalls eine Genauigkeit von 10 bis 20 % erreichen. Und andererseits gibt es Probleme bei Abweichungen von mehr als drei Prozent. Das passt hinten und vorne nicht zusammen.“**

Allen Mitgliedern, deren Familien, den Freunden des UBV wünschen ungetrübte Weihnachten – Stunden ohne Hast und Trubel – auch viel Glück und Freude für 2014

die UBV-Landesleitungen und die UBZ-Redaktion!

Es geht nicht ums Messen, der springende Punkt ist das Schätzen. Da von der EU nur reine Weideflächen anerkannt werden, müssen Felsen, Hütten, Latschen und Almrosen, Wege und Flächen wo Muren abgegangen sind, von den Grundstücken abgezogen werden. „Das wird nicht im Detail ausgemessen, das wird geschätzt". Da hätten die Österreicher zwei Arten von Schätzungen eingeführt: Für jene Flächen, die von Bäumen überschirmt sind, seien die Abzüge in vier Gruppen eingeteilt und für jede Gruppe müsse man eine Zuordnung machen. „Für andere Flächen wurde eine 10 %-Stufung eingeführt. Das ist wesentlich komplizierter und auch jenseits der Grenze der Reproduzierbarkeit". Denn ab einer Überschirmung von 80 Prozent gelte eine Fläche als Waldweide und werde nicht als Futterfläche akzeptiert.

In Österreich wurde das System über Jahre hin akzeptiert und nichts dagegen unternommen. Es jetzt fortzuführen wäre ein Katastrophe. „Die Referenzfläche sei den Bauern nie als Bescheid zugestellt worden." Als plötzlich die AMA von sich aus Messungen vornahm, begann der Streit. Die Kommission habe fünf Mal empfohlen, dass sich AMA und Landwirtschaftskammer zusammensetzen, um die Einsprüche der Bauern zu besprechen. „Das ist leider nicht geschehen." Das Problem sei, dass der Bauer bei der Antragseinreichung für die Angaben hafte und der AMA beweisen müsse, dass sie Unrecht habe.

Man müsse ein neues System einführen, so FISCHLER. Von den anerkannten Hektaren hängen die Prämien ab. Da gäbe es verschiedene Handhabungen. „Darüber hinaus ist es auch so, dass ein Teil der Förderung, also bis zu 10 Prozent des Gesamtbetrages, der für Betriebsprämien für Österreich zur Verfügung gestellt wird, auch für tierbezogene Maßnahmen verwendet werden kann. Das müsse erst entwickelt werden. **Das Ministerium müsse aktiv werden, damit das Thema innerhalb der Agrarier ausdiskutiert werde.** Aber in großem Stil seien keine tierbezogenen Förderungen möglich, weil diese die WTO als wettbewerbsverzerrend einstufe."

FISCHLERs Rat an die Betroffenen: „Einsprüche erheben und den Fall ausjudizieren. Der eine oder andere Musterprozess kann nur dienlich sein."

EMB für Steuerung des Milchmarktes

Anlässlich der Mitgliederversammlung in Hamburg bekräftigte der EMB, sich auch weiterhin für ein Instrument zur flexiblen Mengensteuerung einzusetzen. Nur so können faire und kostendeckende Erzeugermilchpreise in der EU erreicht werden. Die im „European Milk Board" (EMB) organisierten Milcherzeuger halten daran fest, dass eine nachhaltige und flächendeckende Milcherzeugung und Milchversorgung nur mit einer zentralen Steuerung der Produktion in der EU erreicht werden kann.

Um eine, mit den Milchverarbeitern gleichberechtigte Marktposition zu erreichen, müsse darüber hinaus auch die Bündelung der Milcherzeuger weiter vorangetrieben werden. Die Einkommenssituation der Milchviehbetriebe sei auf Grund NICHT kostendeckender Preise nach wie vor unbefriedigend.

Der EMB nützte die Tagung, um Fachkreisen und der Öffentlichkeit eine Studie des „Büros für Agrar- und Regionalentwicklung" (BAR) in Kassel zu präsentieren, über die Wirksamkeit einer Monitoringstelle im europäischen Milchsektor. Auf EU-Ebene wurde diese bereits im September in Brüssel vorgestellt. Nach Ansicht der Studienautoren, könnten mit einer Monitoringstelle die Bauern-Milchpreise auf einem durchschnittlich kostendeckenden Niveau stabilisiert werden. Der EMB lobte in diesem Zusammenhang die, auf der EU-Konferenz erfolgte Ankündigung von Agrarkommissar Dr. Dacian CIOLOS, eine Beobachtungsstelle für die EU-Milchmärkte einrichten zu wollen. Damit sei die Kommission einen großen Schritt auf die Position des EMB zugegangen, betonte deren Präsident Romuald SCHABER. Würde diese Beobachtungsstelle jetzt auch noch mit den nötigen Kompetenzen in der Praxis ausgestattet, so könne diese für die deutschen und europäischen Milchbauern und darüber hinaus für die gesamte Bauernschaft nur Vorteile bringen.

Anmerkung: „Faire Milch Austria" (FMA) betont, dass der zielführende Weg hin zu einem fairen, kostengerechten Milcherzeugerpreis jener ist, den das „Bündnis deutscher Milcherzeuger" (BDM) geht, „Bündelung des Angebotes". Solange dies in Österreich nicht erreichbar ist, sei „Faire Milch Austria" eine Alternative.

Offenlegung (lt. § 25 Mediengesetz): www.ubv.at / office@ubv.at || Medieninhaber: Österr. Unabhängiger Bauernverband – La.Vb. OÖ Aigelsberg 6, 4951 Polling, Telefon & Fax: 07723/6315 (0664-4205785) || Vereinsleitung: Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Stv.: Klaus Wimmesberger, Klinget 15, 4742 Pram; Stv.: Hannes Winklehner, Galgenau 5, 4212 Neumarkt i.M.; Stv.: Ilse Feldbauer, Geiselham 1, 4762 St.Willibald || Kassier: Johann Lohner, Aigelsberg 6, 4951 Polling || Schriftführer: Mag. Peter Hehenberger, Damreith 9, 4170 Lichtenau || Redaktion: Gerhard Nowotny, Lohnharting 4, 4073 Wilhering, Telefon & Fax: 07221 / 888 44 || Blattlinie: Mitgliederinformation || Hersteller/Druck: Otmar Reitmair, Linz

Fortsetzung von Seite 1: **„DENNOCH SO WEITERMACHEN?“**

Die Betriebe wuchsen nicht!

Jaja, einzelne Betriebe schon, aber es ist hoch interessant, dass der Grüne Bericht nachweist, dass sich die durchschnittliche Betriebsgröße aller Betriebe zwischen unter 5 ha bis 50 ha, faktisch nicht verändert hat. Im Einzelnen sieht dies so aus:

bis 5 ha im Durchschnitt (Ø) 3 ha — von 5 – 10 ha Ø 7,20 ha — 10 – 20 ha Ø 14,60 ha
von 20 – 30 ha im Ø 24,60 ha — von 30 – 50 ha im Ø 38,60 ha

Lediglich die Betriebe in der Größe von 50 – 100 ha sind im Ø (Durchschnitt) um 1,20 ha auf 67 Hektar gewachsen.

Diese Statistik zeigt auf, dass das WEICHEN von 44.191 Betrieben, wohl das namhafte Wachsen einzelner Betriebe ermöglichte, aber im großen Durchschnitt zu keinen größeren Betrieben führte. „Wie so etwas möglich ist? Nun, die gesamte „frei gewordene“ Agrarfläche wurde verbaut und versiegelt, wie aus den amtlichen Agrarstrukturerhebungen hervorgeht.“ – Aber auf der anderen Seite mussten sich rund 60.000 Menschen einen neuen Arbeitsplatz suchen und vergrößerten deren Zahl.

Agrarfläche schrumpfte um 221.719 ha

Nachweislich verringerte sich im Zeitraum 2005 bis 2010 die land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche in Österreich von 7,569.254 ha auf 7,347.535 ha, also um 221.719 Hektar und das sind 2,9 Prozent in nur 5 Jahren. Diese Zahlen ergeben sich aus den Agrarstrukturerhebungen 2005, 2007 und 2010.

Es zeigt sich eine interessante Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen in den einzelnen Bundesländern. Während sich die Flächen in Vorarlberg (+ 347 ha) und Kärnten (+ 8.970 ha) vergrößerten, gab es beachtliche Flächenrückgänge von 5.900 ha in Oberösterreich bis zu 69.148 ha in der Steiermark.

Wie der Grüne Bericht 2013 auch aufzeigt, nimmt die landwirtschaftlich genutzte Fläche stetig ab und die Waldflächen nehmen zu. So stieg letztere zwischen 1999 und 2010 um beträchtliche 145.449 Hektar, während die landwirtschaftliche Nutzfläche im selben Zeitraum um 510.010 Hektar, das sind 15 Prozent, zurückging.

In nur 50 Jahren, nämlich zwischen 1960 und 2010 verminderte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche um enorme 1,172.016 Hektar. Zur Veranschaulichung: Das sind um 11.000 Hektar mehr, als die gesamte land- und forstwirtschaftliche Fläche in Oberösterreich im Jahr 2010 ausmachte.

Und dies alles ist kein Grund zur Aufregung, oder sich wenigstens ernsthaft Gedanken zu machen über eine Kehrtwende in der Politik? Dies passiert ja außerdem bei stetig steigender Bevölkerung. Während diese in Österreich 1995 noch 7,948.278 Menschen betrug, waren es im Jahr 2011 schon 8,420.900. Allein im Zeitraum 2000 bis 2011 wuchs die Bevölkerung um 409.334 Einwohner.

Diese sollen aber, nach Aussage unserer Regierung, nicht nur ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werden – möglichst regional – sondern es soll davon auch noch exportiert werden. Österreichs Beitrag zum „Hunger in der Welt“.

GENO

BUDGETSANIERUNG DURCH BAUERNOPFER

Die Bauernschaft hat zusätzliche finanzielle Opfer zu erbringen, das steht schon jetzt (12.12.) fest. Damit ist die sogenannte ruhige Advent- und Vorweihnachtszeit genauso turbulent und unerfreulich verlaufen, wie schon das so turbulente Jahr 2013 aus Sicht der Bäuerinnen und Bauern. Es ist schlimm!

So manche Aussage von Vertretern der Regierungsparteien, von Regierungsmitgliedern, lassen Schlimmes für 2014 und danach befürchten. Noch vor der NR-Wahl „unbekannte“ Budgetlöcher, auch Schulden im Agrarbereich, zwingen zu Einsparungen. Haben förmlich nach echten, zukunftsweisenden Reformen geschrien, für die seit Jahren die Lösungsvorschläge vorliegen, in diversen Schubladen aber verstaut wurden. Diese Regierung ist reformunwillig, das kann man heute schon sagen und es gibt mehrheitlich unsinnige Einsparungen. Sie treffen jene, die keine oder eine miserable Berufsvertretung haben, wie die Bauernschaft.

Während sich die Lehrerschaft erfolgreich gegen Verschlechterungen wehrte, die Beamten nur die Muskeln spielen lassen mussten, die übrigen Gewerkschaften durchwegs Lohn- und Gehaltsabschlüsse

durchsetzten, die über der Inflationsrate liegen, „bekommt“ die Bauernschaft, bei 8,8 % Einkommensminus zusätzliche Abgaben, Kürzungen und Einsparungen. Was hoch und heilig versprochen wurde gilt wiederum nichts.

Das Drumherum um eine fix zugesagte, dann im Parlament anfangs Dezember von den Regierungsparteien abgelehnte, von der Landeshauptleute-Konferenz neuerlich geforderte, und jetzt für Mitte 2014 zugesagte Erhöhung der Familienbeihilfe um 200 Mio. (reicht das zum Inflationsausgleich?) stellt der Politik und dem Parlamentarismus ein mieses Zeugnis aus. Auf die überfällige Nachziehung der Pflegegelder wurde offensichtlich wieder bewusst „vergessen“, zu Lasten der Pflegenden und der Pflegebedürftigen. Ebenso auf der Strecke bleibt wiederum die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit. Das sind mutwillige, verantwortungslose Versäumnisse, die andernfalls spätestens mittelfristig Geld in die Staatskasse spülen und echte Reformen zu einer „Win-win-Situation“ für alle machen würden. Ist denn unseren Regierungsverantwortlichen schon jedes vernünftige, vorausschauende, wirtschaftliche Denken total abhanden gekommen, vor lauter Parteipolitik?

Die Bäuerinnen/Bauern als Zahler

Doch nun zurück zur Bauernschaft. Sie hat nachweislich von den großen, überlebenswichtigen Berufsgruppen die schlechteste Interessenvertretung. Die gar nicht geringfügigen Pflichtbeiträge zur Kammer sind für die Katz. Anstatt in dieser, schon seit Jahren kritischen Einkommens-Situation im Interesse ihrer Mitglieder **von sich aus** aktiv zu werden, konkrete Forderungen zu erheben und neue Belastungen kategorisch abzulehnen, werden laufend kostspielige Zugeständnisse gemacht, totaler Parteigehorsam. Wiederum werden just Bauern und Bäuerinnen ungerechtfertigt zur Kasse gebeten!

Die schon bekannten Beispiele seien hier nochmals aufgelistet. Die neuen Einheitswerte werden im Durchschnitt um mindestens 10 % steigen, sagen Fachleute. Auch die neue Pauschalierungsverordnung bringt Nachteile. Bis jetzt sind noch viele Details nicht fix, mitunter noch gar nicht ausverhandelt, wie in der oö LK-Vollversammlung vom 10. Dezember zu hören war. Agrardiesel (Heizöl leicht) kommt nicht, obwohl dies viele EU-Staaten haben. Die SV-Beiträge steigen, Ausgleichszahlungen, die als „Förderungen“ bezeichnet werden, sind gekürzt. Dazu kommt, dass jegliche EW-Erhöhung einen Rattenschwanz an Steuern- und Abgabenerhöhungen nach sich zieht. Es ist somit alles getan um den Strukturwandel, auch in den Bergbauerngebieten zu beschleunigen. Wiederum wurden Zusagen, ja Versprechen von VOR der Wahl gebrochen, als ob dies schon ganz selbstverständlich wäre.

Ein mitgliederstarker UBV kann Änderungen bewirken, einiges haben wir ja schon bisher in Gang gesetzt. WIR können das, weil wir **nur dem Berufsstand und keiner Partei verpflichtet** sind. WIR können auftreten und handeln wie eine Gewerkschaft. Deshalb dürfen wir nicht müde werden, auch wenn dies mühsam ist.

J. Ilsinger / geno

Von allen guten Geistern verlassen?

Auch davon ist die Rede, dass die AMA Almfutterflächen in Hutweiden umstufen kann. Dies bringt enorme finanzielle Einbußen für Almbauern bis hin zur Betriebsaufgabe. Da sind aber dann der Naturschutz, der Fremdenverkehr, die Touristik insgesamt und auch die Landesregierungen gefordert. Denn wenn Bergbauern aufgeben „brennt der Huat“, dann ist Entsiedelung angesagt.

Ebenso problematisch ist die Neuregelung, 20 Prozent der Almflächen zur Nutzfläche des Betriebes hinzuzurechnen. Kleine und mittlere Betriebe, die aber über größere Almflächen verfügen, können dadurch in die Buchhaltung gezwängt werden (60 Hektar-Grenze). Das Finanzamt wird davon kaum profitieren, aber die Almbauern bekommen dadurch die Lasten von Mehrarbeit und neue Kosten aufgehalst.

Was es nicht so gibt

Ein salzburger Almbauer hat über 100 Hektar Almfläche. Über Anraten der Landwirtschaftskammer hat er – von sich aus – diese bei der Meldung auf 70 Hektar Almfutterfläche reduziert. Nach einer Vor-Ort-Kontrolle wurde sie ihm von der AMA auf 40 Hektar zusammengestutzt. Das war dieser Almbauer aber nicht bereit hinzunehmen, legte Einspruch ein und wurde nach neuer Kontrolle auf 75 ha-Almfutterfläche eingestuft. – Nachbarn haben alles hingenommen – sind nun betroffen. Auch das gibt’s!

BURGENLAND:

Rückblick auf ein schwieriges Jahr

Ein mit großen Schwierigkeiten durchwachsenes Jahr hatte die Bauernschaft heuer zu bewältigen. Von einem späten Vegetationsbeginn, von Nässe und Kälte geprägt, der sich teilweise über das ganze Jahr unaufholbar auswirkte, über Wetterextreme wie Kälteeinbrüche, Starkregen, Hagel, Hitze und Trockenheit, reichte die breite Palette. Die Folge waren teils katastrophale Mindererträge und Ernteeinbußen in allen Bereichen, bei steigenden Betriebskosten.

Betroffen war nicht nur der pflanzliche Bereich. Auch in der Tierhaltung gab es wetterbedingte ernsthafte Probleme und finanzielle Einbußen. Selbst die Weidegänse erreichten – wetterbedingt – zur Schlachtsaison nicht ihr optimales Gewicht.

Auf Grund idealer Wetterbedingungen im Herbst, durften sich jene Zuckerrübenbauern freuen, die erst gegen Ende November ihre Rübenfelder gerodet haben. Roden durften, weil die Zuckerrübenernte nach vorgegebenen, fixen Lieferplänen abläuft. Diese Rübenbauern erreichten, zu an sich schwachen Erträgen, doch noch einen Zuwachs von 25 – 30 Prozent.

Für die Weinbauern war 2013 ein qualitativ gutes Jahr aber bei einer unterdurchschnittlichen Traubenernte. Für Wein ist die Marktlage derzeit „ruhig“. Zeitverzögert auch hier, finden Geschäftstätigkeiten im Fassweinbereich statt. War der Traubenpreis schon mit Saisenfortschritt rückläufig, so übertrug sich diese Entwicklung leider auch auf den Fassweinpreis.

Im Stich gelassen!

Wieder einmal mit Versprechungen, ja quasi Fixzusagen, vor der Wahl geködert, fühlt sich Burgenlands Bauernschaft nicht nur im Stich gelassen, nein, sie wurde tatsächlich mit all ihren Problemen allein gelassen. Medienwirksam besuchte Bundeskanzler FAYMANN anfangs August das Burgenland, um sich ein Bild von den Trockenschäden in der Landwirtschaft zu machen. Mit den Worten: „Da müssen wir helfen“, verwies der Bundeskanzler auf ein schon vorbereitetes und hernach auch beschlossenes Maßnahmenpaket. Es war eigentlich ohnehin nur eine Umschichtung von Prämiengeldern, mitunter nicht einmal diese.

Von einer wirklichen, einer echten, wirksamen Hilfe ist weit und breit nichts zu erkennen. Auch nicht von einer Treibstoffrückvergütung wie diese zum Beispiel Pendler bekommen. Und die gesetzliche Interessenvertretung schweigt zu all dem, anstatt mit überzeugendem Nachdruck eine echte Trockenschadens-Vergütung, wie sie die Betroffenen aus den gegebenen Versprechen und Zusagen heraushören mussten, unnachgiebig einzufordern. – Eine teure Pflichtmitgliedschaft „JA“, aber eine gesetzliche Interessenvertretung der Bauern, die ihrem Auftrag gerecht wird – NEIN. Dies kennzeichnet ein überaus schwieriges – ein gebietsweise katastrophal sich auswirkendes Bauernjahr. Aber die berechtigte Empörung der Bauernschaft darüber, die hält sich sehr in Grenzen. Wo andere gewerkschaftliche Maßnahmen einsetzen, oder nur androhen, um zumindest die Inflation abgegolten zu bekommen, rebelliert die Bauernschaft nicht einmal, wenn es um ihre Existenz geht. – Seit eh und je gilt: „Schweigen bedeutet Zustimmung!“

F. Meixner

NIEDERÖSTERREICH:

Vor der Wahl verschwiegen!

Da flatterte mir vor einiger Zeit – aber NACH der jüngsten Nationalratswahl – ein Brief vom Finanzamt ins Haus mit dem Inhalt „Bescheid über Beiträge und Abgaben von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“. VOR der Wahl hörte man kein Wort davon, neue Belastungen Betreffendes, da war Schweigen angesagt. Dafür wurde von Kanzler und Vizekanzler – damals ganz im Gleichklang

– betont, dass Österreich bestens dastehe und neue Belastungen nicht in Frage kommen. Ihr erinnert Euch doch daran? Inzwischen hat uns längst die raue Wirklichkeit gezeigt, wie es tatsächlich um Österreichs nahe Zukunft bestellt ist. Die Wahlen sind ja nun vorbei!

So wird also der Hebesatz zur Unfallversicherung bei der SV-Bauern, **rückwirkend zum 1.7.2012 von 200 % auf 300 Prozent angehoben.** Da wird die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ **mit Rückwirkung zum 1. Jänner 2013 von bisher 400 gleich auf 600 Prozent erhöht.**

Dass dies den Wahlrednern, allen Regierungsmitgliedern bekannt sein musste, sie haben dies ja beschlossen, ist so selbstverständlich wie das Amen im Gebet. Es war ja sicher auch schon alles zum Verschicken vorbereitet. Der Bescheid, der dazugehörige Erlagschein mit der zahlenmäßigen Nachforderung. – Aber alles erst NACH den Wahlen, gleichsam als saures Nachwahlzuckerl. Den total verunsicherten, vielfach schon zur Kassa geholten Almbauern ging es genauso. Was hat man ihnen doch vor der Wahl alles hoch und heilig versprochen, gleichsam fix zugesagt und dennoch flatterten ihnen gleich nach der Wahl die AMA-Bescheide ins Haus.

Doch es soll noch schlechter kommen. Wie zu hören ist sei es ein offenes Geheimnis, dass die Einheitswerte NACH den Landwirtschafts- und Gemeinderatswahlen 2015 neuerlich erhöht werden. Ohne Berücksichtigung des tatsächlichen Ertragswertes, unter Missachtung der nachgewiesenen Einkommensdisparität, der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen, was geradezu eine Verhöhnung des geltenden Landwirtschaftsgesetzes bedeutet. 2015 macht diese EW-Erhöhung dann überhaupt nur mehr der Computer im Finanzministerium, nach einem sogenannten „Plausibilitätsprogramm“.

Kopfschütteln reicht nicht mehr

Sachen gibt’s, wo selbst Wissende sich denken „das gibt es doch nicht“. Aber es gibt sie, wie zum Beispiel ein Bergbauer berichtete. Da wurde bei ihm zuerst der forstwirtschaftliche Einheitswert ermittelt, dann jener für die Landwirtschaft. **Rückwirkend zum 1.1.2011 bekam er eine 13 %ige EW-Erhöhung für seine Landwirtschaft.** Dies obwohl keine Zupacht und kein Grundkauf vorliegt.

Seine Nachfrage beim Finanzamt, wie auch beim Vermessungsamt ergab folgende Auskunft: Offenbar macht neuerdings auch das Vermessungsamt Luftbilder. Wo das Vieh weidet, wird die diesbezügliche Fläche als „Landwirtschaft“ gewertet. Ebenso das Ödland und Wege, auch Forstwege, die ausschließlich zur Holzbringung dienen.

Nicht nur in diesem Fall, sondern in deren hunderten ist es also so, dass der Betrieb gegenüber dem Finanzamt für Flächen abgabepflichtig ist, die von der AMA als NICHT förderungsfähige Flächen herausgerechnet werden. Dieses System macht Vater Staat zum doppelten Nutznießer von Steuern und Abgaben. Und unsere Spitzenvertreter in der gesetzlichen Interessenvertretung, alles geeichte Bauernbündler, wissen davon – schweigen zu all dem – dulden dies – denn ihnen selber geht’s ja nicht schlecht. Mit vollen Hosen …

Aus der Jahreshauptversammlung

Im Rahmen des Landesverbandstages am Sonntag, 27. Oktober in Kemmelbach, fand auch wie üblich die statutengemäße Jahreshauptversammlung des Landesverbandes NÖ/Burgenland/WIEN statt. Verbandskassier BUCHINGER konnte einen erfreulich positiven Kassabericht vortragen, der allgemeine Zustimmung fand und zur einstimmigen Entlastung führte. Im Zusammenhang damit beantragte Obfrau Marianne HELM eine Kostenentschädigung für Kassier und Schriftführer, die einstimmig beschlossen wurde. Verbunden mit einem großen DANKE für tadellose Arbeit.

Im Mittelpunkt dieser Jahreshauptversammlung stand aber die nicht ganz einfache Neuwahl vor allem einer Nachfolgerin, eines Nachfolgers, für die scheidende Obfrau, der es in sehr schwierigen Zeiten gelang den Landesverband zu dem zu machen, was er heute ist. Da steckte viel UBV-Engagement, sehr viel Arbeit, so manch Schwieriges und auch Unerfreuliches, persönlich Belastendes drin, das auch zu erwähnen ist, wofür der Marianne HELM neben einem herzlichen Danke, wohl auch ein „Vergelts Gott“ zu sagen, sehr angebracht ist.

Die neue Landesleitung

Die Neuwahl der Landesleitung fand unter dem Vorsitz von Bundesverbandsobmann KR Karl KEPLINGER statt und brachte folgendes Ergebnis:

Neuer Landesobmann: Peter SCHMIEDLECHNER
Stv.: Thomas ERBER, Robert EDER, Johann FLUCH, Friedrich MEIXNER
Landeskassier: Hubert BUCHINGER (Wiederwahl) – Stv.: Ingrid BUCHINGER
Schriftführer: Fritz GILLINGER (Wiederwahl) – Stv.: Alois FRÖSCHL
Kassaprüfer: Hans REICHL und Hans KÖNIG

Der neue Landesobmann bedankte sich für das große (Vorschuss)-Vertrauen, wies darauf hin, dass es ihm nicht leicht gefallen sei für diese Funktion zu kandidieren und versprach den bisher unter seiner Vorgängerin gegangenen Weg fortzusetzen. SCHMIEDLECHNER erbat tatkräftige Mitarbeit seitens aller Mitglieder und appellierte an alle, die bewährte vertrauensvolle Zusammenarbeit zu pflegen und auszuweiten.

UBV-LANDESVERBANDSTAG 2013

Nach der offiziellen Eröffnung des Landesverbandstages durch Obfrau Marianne HELM, begrüßte diese alle Erschienenen, insbesonders den Referenten dieser Tagung DI Wolfgang MÜLLER aus der Steiermark sowie den UBV-Bundesverbandsobmann Karl KEPLINGER aus OÖ. Sie freue sich über das große Interesse, das man diesem Landesverbandstag entgegenbringt, der unter dem Thema „Landwirtschaft ohne Bauern“ steht, zu dem DI MÜLLER sprechen werde.

Im Gedenken an die im Verbandsjahr verstorbenen Mitglieder erwähnte die Obfrau die jüngst verstorbene Frau des früheren beliebten Landesobmannes HINTERMAYER, die gestern zu Grabe getragen wurde.

In ihrem kurz gefassten Bericht über das vergangene Verbandsjahr, bedankte sich Marianne HELM bei allen Funktionären und Kammerräten, die sie so vorbildlich durch tatkräftige Mithilfe unterstützt hatten. Insbesonders beim Ehepaar BUCHINGER und Ingrid RAPPERSBERGER, die wegen beruflicher Fortbildung ihre Funktion als Schriftführerin abgibt. Nach 10 Jahren, die nicht immer ganz leicht und einfach in der Funktion der Obfrau zu bewältigen waren, sei es nun an der Zeit – als Großmutter – Jüngeren Platz zu machen.

Bundesverbands-Obmann Karl KEPLINGER dankte für die Einladung und umriss in wenigen Sätzen die Aktivitäten des UBV in diesen, für die Bauernschaft extrem schwierigen Zeiten und sprach jene agrarischen und bäuerlichen Problemfelder an, denen derzeit das Hauptaugenmerk des Unabhängigen Bauernverbandes gilt.

GAP 2014 ein agrarpolitischer Irrtum

DI Wolfgang MÜLLER, selbst ein Leben lang in und mit der Landwirtschaft und dem Bauernstand tätig, sprach zum Thema GAP 2014 – „Die Neuauflage eines agrarpolitischen Irrtums – Landwirtschaft ohne Bauern“. Zu Letzterem, eine solche Landwirtschaft gab es schon (Kolchosen, Sowchosen, östliche Produktionsgenossenschaften und dgl.) wie sie sich bewährt hat ist bekannt, und dennoch gibt es neuerlich, auch innerhalb der EU den Trend zu (industriealisierten) Großbetrieben, die mit dem bäuerlichen Familienbetrieb unseres Verständnisses nichts mehr gemein haben.

Der Referent nahm sich kein Blatt vor den Mund und wies gleich eingangs darauf hin, dass Österreich ein noch immer geltendes Landwirtschaftsgesetz hat, mit der Zielsetzung eine flächendeckende BÄUERLICHE Landwirtschaft zu erhalten, die an der allgemeinen Einkommensentwicklung gleichberechtigt teilnimmt. Die nun schon Jahrzehnte lang nachgewiesene Einkommensbenachteiligung der Bauernschaft beweist das Versagen der nationalen Agrarpolitik und die unverantwortliche Missachtung eines geltenden Gesetzes.

Auch GAPneu ist eine große Enttäuschung. Die Vorschläge sind zu komplex, zu ausgabenseitig orientiert, zweideutig, unbestimmt, verwirrend, immer bürokratischer und diesbezüglich um 15 Prozent teurer als bisher. Es war bei dieser „Reform“ offensichtlich viel Dilettantismus im Spiel, – oder war es Lobbyismus? Deshalb – und weil ja immer noch nichts fix ist, können wir Bauern noch jede Menge negativer Überraschungen erleben. Die EU-Landwirtschaft scheint kein Zukunftsbereich

zu sein. Wie bekannt gibt es weniger Geld, in Österreich minus 2,8 %, in der EU ab 2014 minus 2,45 Prozent. Das wird sich auf die Bauerneinkommen auswirken, gar keine Frage.

Wie bekannt, setzt sich die „einheitliche Betriebsprämie“ aus 70 % Basisprämie und 30 % verpflichtender Begrünung (Greening) zusammen. Bei der „Anbaudiversität“, sprich Fruchtfolge, sind ab 10 ha zwei Früchte anzubauen und ab 30 ha drei. Die dabei festgelegte Größenzuordnung der einzelnen Früchte widerspricht den Grundsätzen einer „nachhaltigen“ Bewirtschaftung, dies sei nur am Rande vermerkt. Innerhalb der EU ist die wesentliche Mehrheit der Betriebe kleiner als 30 Hektar. Dem Rechnung tragend sieht die neue GAP für diese Betriebe eine höhere Prämie vor. Für große Betriebe ist deren Deckelung vorgesehen. Es gibt nationale Spielräume.

Sicherheit und Planbarkeit sind wiederum, entgegen all den gemachten Zusagen „eine REFORM zu machen“, bloße Schlagwörter. Die Forderung der „Risikovorsorge“ hätte die ÖVP mit NR Jakob AUER in der Hand. Dies wäre ganz wichtig, denn die WTO-Verträge und die schon vorbereiteten großen Freihandelsabkommen können für die EU-Bauern zum Preishorror werden. Diese GAPneu ist keine Zukunftsreform, eher das Gegenteil, denn ihr fehlt ein nachhaltiges System. Sie ist alles andere als umweltgerecht und die Ernährungssicherheit – ganz zu schweigen von Ernährungssouveränität – wird grob fahrlässig außer Acht gelassen. –

Dieses Referat war hochinteressant, für alle Bäuerinnen und Bauern empfehlenswert, weil es auch anregt sich selber „nachhaltig“ über die Situation Gedanken zu machen. Ein Zitat von Wolfgang MÜLLER: „Wachsen oder Weichen zwingt die Bauernschaft dazu, sich gegenseitig auszurotten“. – Grauslich aber wahr. Noch eine Schlussbemerkung zu GAPneu: Allein für die „erste Säule“ gibt es 2.800 Auflagen (dies teilte Bu.Vb.-Obmann Karl Keplinger mit).

Nachhaltigkeit nicht zum Plünderungstarif?

„Unsere Landwirtschaft ist die Zukunft des ländlichen Lebens-Raumes und Nachhaltigkeit gibt es nicht zum Plünderungstarif“. Also schreibt Niederösterreichs LK-Präsident NR Hermann SCHULTES unter anderem in seinem Leitartikel in der Kammerzeitschrift „Landwirtschaft“ vom November 2013. Allein unter dem Eindruck der heurigen Weizen- und Körnermaispreise ist diese plakative Aussage alles andere als glaubwürdig und „Berufskollege“ SCHULTES weder als Kammerpräsident, noch als Bauernbundnationalrat ernst zu nehmen.

Großspurige Worte helfen der Bauernschaft keinen Schritt weiter. Setzt doch endlich Taten, die eurer Funktion entsprechen, weshalb ihr gewählt bzw. nominiert worden seid! Wer verantwortet denn, dass im Zeitraum 2003 bis 2010 in der EU die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 2,967.000, das sind 19,75 Prozent schrumpfte? Dahinter stecken 4,8 Mio. Arbeitsplätze, Menschen, Schicksale, Menschen die Arbeit suchen und vielfach keine finden. Im kleinen Österreich schrumpfte die Zahl der Betriebe (Zahlen der LK-Österreich) zwischen 1999 und 2010 von 217.000 auf nur mehr 173.000, das waren 44.000 landwirtschaftliche Unternehmen, oder 20,27 Prozent, die zusperren mussten. Alles egal? Ja wofür werden denn die Spitzenfunktionäre, die bäuerlichen Nationalräte eigentlich bezahlt? Wessen Interessen vertreten sie?!

ALLES J. SCHMID / GENO

SALZBURG:

Mit Zuhörern eine andere Vollversammlung

Dieses Mal gab es Zuhörer/Zuschauer bei der LK-Vollversammlung am 29. November. Den meisten von ihnen ging es wahrscheinlich um die 380 KV-Freileitung von Elixhausen bis nach Kaprun. Aber auch Almbauern waren unter ihnen.

Auch diesmal brachte der UBV Anträge in der Vollversammlung ein und zwar drei „Dringliche“ und einen „Normalen“. Kaum hatten sich die hinteren Reihen mit Interessierten gefüllt, lief alles ganz anders. So wurde zwei „Dringlichen“ Anträgen des UBV die Dringlichkeit zuerkannt und mussten gegen Ende der Tagesordnung (vor dem Punkt „Allfälliges“) behandelt werden. Die Hoffnung des Präsidiums, dass sich bis dorthin die Zuhörer verflüchtigen würden, erfüllte sich nicht. Die UBV-Fraktion registrierte dies mit Genugtuung.

Wo Recht unentwegt „gebeugt“ wird

Aus Sicht des UBV ist es schon mehr als nur eine Zumutung was man seit dem EU-Beitritt mit Österreichs Bäuerinnen und Bauern aufführt. Es gibt nun schon fast gar nichts mehr, was man nicht der Bauernschaft vorwirft.

Seit Schaffung der AMA wissen immer mehr Bauern, dass „RECHT HABEN“ und „RECHT BEKOMMEN“ nun auch in Österreich zwei Paar verschiedene Schuhe sind. So wurden **bei Mutterkühen rückwirkend die Richtlinien geändert** und den Bauernbetrieben trotz Einhaltung der ihnen bekannten Vorschriften, die Prämie gestrichen. LK-Präsident NR ESSL meinte dazu lapidar – kurz und bündig – **die Bauern sollten doch froh sein, dass sie die Prämie wenigstens in den letzten Jahren erhielten.** So denkt und spricht Salzburgs oberster Interessenvertreter (und er wird dafür nicht mit den sprichwörtlich „nassen Fetzen“ verjagt).

Schon seit Jahren werden die Almbauern – und mit ihnen auch die Almauftreiber – an der Nase herumgeführt. Einer nach dem anderen zahlt mit oder ohne Sanktionen seine erhaltenen Ausgleichszahlungen zurück. Von beeideten Geometern vermessene Flächen werden bei AMA-Kontrollen nicht anerkannt. Bauern, die sich dagegen wehren, weil sie sich im Recht sehen, müssen über Jahre hin – mit viel Geld und mit Rechtsanwälten dagegen ankämpfen. Denn ihre gesetzliche Interessenvertretung, deren PFLICHTMITGLIEDER sie sind, die lässt sie völlig im Stich! SIE billigt jenes Unrecht, das SIE unbedingt zu verhindern hätte!

Ein Beispiel gefällig?

Da kaufte sich jüngst ein Bauer ein Grundstück. Vom beeideten Geometer vermessen, war es 48 Meter breit. Der AMA-Kontrollor kommt, misst nach und kommt auf 43 Meter Breite. Nach längerer Diskussion wird nun gemeinsam vermessen, mit einem Maßband, sicherheitshalber gleich zweimal. Und immer kommen dabei 48 Meter heraus. Nun staunt der Bauer aber nicht schlecht als ihm der Kontrollor erklärt, ER müsse sich aber an das Ergebnis **seines Gerätes** halten, also an die 43 Meter. „Der Bauer habe ja die Möglichkeit später einen Einspruch zu machen!“ Ist das alles nicht heller Wahnsinn? Und bei Gott kein Einzelfall!

Wenn man solche, mit Hausverstand vermeidbaren Probleme in der Kammer anspricht, dann erntet man lediglich ein Achselzucken bei der Mehrheitsfraktion. Dabei machen derartige „AMA-Probleme“ ja auch vor Bauernbündlern nicht Halt. – Ja wie lange soll denn dieses miese Treiben einer total überheblichen, selbstherrlichen, diktatorischen AMA und deren „Büttel“ (Kontrollore) noch weiter gehen? Hat diese Institution im Dienste der Landwirtschaft etwa die Lizenz die Bauernfamilien als Freiwild zu behandeln? –

Auch schon etwas von einem „Grünlandkorridor für Hirsche“ gehört? Es gibt Bauernbundfunktionäre, die wissen davon schon teilweise seit April 2013 Bescheid! Und wann gedenkt man die Grundeigentümer allesamt darüber zu informieren? Oder gilt dort noch immer der altbekannte Ausspruch: „Die lass’n ma deppert sterbn?“

Futterflächenfeststellung im Winter?

Warum, so fragte UBV-Fraktionssprecher Georg ESSL, wurden Almbauern aufgefordert eine im Winter erfolgte Almfutterflächen-Feststellung der AMA anzuerkennen? – Warum müssen viele von ihnen noch immer Geld zurückzahlen und werden sanktioniert? Hieß es nicht VOR der Wahl ganz dezidiert aus dem Mund von Bauernbundpräsident Jakob AUER, dass „bis zur Klärung der Vermessungsprobleme alle Rückzahlungsaufforderungen und Sanktionen ausgesetzt werden? Was VOR den Wahlen gesagt wurde, gilt NACH den Wahlen wiederum nicht?“ –

Warum wurde eigentlich unser Antrag in der Vollversammlung vom März dieses Jahres, „alle Almbauern sollten beim ÖPUL-Antrag im Mai ihre vermeintliche Almfutterfläche angeben und bis in den Herbst, nach erfolgter Kontrolle durch die AMA, sanktionslos ändern können“, von der BB-Mehrheit abgelehnt? – Dazu meinte jetzt BB/KR Anton WALLNER achselzuckend: „Nachher ist man immer gescheiter!“ – Nix gesunder Menschenverstand, aber UBV-Anträge prinzipiell erst einmal ablehnen, das schon? Dass dadurch viele Almbauern Schaden erleiden und dies ausbaden müssen, ist Bauernfunktionären – Bauernvertretern – egal? Und dabei sind auch solche betroffen, die der BB derzeit noch zu seinen Mitgliedern zählt, deren Beitrag er kassiert!

Das waren unsere Anträge:

Fast vier Stunden dauerte es, bis die Vollversammlung zur Behandlung der „dringlichen“ UBV-Anträge kam. Aber die Zuhörer harrten aus. Nun mussten die BB-Kammerräte Farbe bekennen, nun gab es Zeugen, wie diese „behandelt“ wurden. Sie lauteten:

1. „Die Vollversammlung fordert die Bundesregierung auf, bei den Regierungsverhandlungen die derzeitige Benachteiligung der österreichischen Landwirte bei Dieselkraftstoff zu berücksichtigen und **die Verwendung von Heizöl** für Zug- und selbstfahrende Arbeitsmaschinen zur Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen **zuzulassen“.** – (Dringlicher Antrag)

* Obwohl derselbe Antrag von der Vollversammlung der LK/OÖ einstimmig angenommen wurde, sprach sich Salzburgs LK-Präsident ESSL mit der Begründung dagegen aus, dass man mit Heizöl im Winter nicht fahren könne, weil es nicht kältetauglich sei. Überdies hätten davon ohnehin nur Ober- und Niederösterreich mit dem vielen Ackerland den größten Vorteil davon. Selbstverständlich schloss sich die BB-Fraktion dieser Argumentation an und lehnte den Antrag mit ihrer Mehrheit ab. – **Offensichtlich hat sich innerhalb des Bauernbundes noch nicht durchgesprochen, dass diese Forderung just BB-Präsident Jakob AUER erhoben hat.**

2. Weil nicht einzusehen ist, dass im Wein- und Obstbau extensive Flächen bei der Betriebsprämie in voller Höhe berücksichtigt werden, aber die arbeitsintensiven Hutweiden nur mit 25 Prozent abgespeist werden sollen, stellt der UBV folgenden dringlichen Antrag:

   „Präsident und Vollversammlung setzen sich in Wien bei den zuständigen Stellen dafür ein, dass für die arbeitsintensiven und für den Fremdenverkehr wichtigen Hutweiden, mindestens 50 % der Betriebsprämie angerechnet werden. Damit würde den einkommenschwächsten Bauern ein wenig mehr Einkommen garantiert und ihre Arbeit im Interesse aller, anerkannt. Die Betriebsprämie insgesamt würde durch diese Regelung lediglich um etwa 3,50 Euro/ha vermindert“.

* Der UBV hatte schon vor ca. einem halben Jahr diesen Antrag gestellt und er wurde damals von der BB-Mehrheit abgelehnt. – **Doch diesmal war alles anders. Weil der BB einen Antrag auf 100 % Betriebsprämie einbrachte,** stimmte die UBV-Fraktion sofort diesem Antrag zu und zog den eigenen zurück. – Ganz verwundert darüber, fragte mich nachher Präsident ESSl, ob er dies auch so protokollieren dürfe.

Offensichtlich hat der Bauernbund auch nach vier Jahren UBV in der Kammer noch immer nicht begriffen, dass es UNS um die Anliegen der Bauern und Bäuerinnen geht und nicht um Parteipolitik. Wir erwarten natürlich, dass dieser Antrag auch wirklich bis nach Wien gelangt und auch dort entsprechendes Gehör findet.

** Es war und ist für uns vom UBV immer schon unverständlich, warum die Einkommenschwächsten schon wieder nur mit 25 % abgespeist werden sollen. Es wäre ein Signal – eine Anerkennung – für jene, welche die so arbeitsintensiven, aber wenig ertragreichen Hutweiden, Bergmähder, Streu- und einmähdigen Wiesen pflegen und erhalten, mit leicht bearbeitbaren Wiesen und Äckern gleichgestellt zu werden. Diese, für den Fremdenverkehr unverzichtbaren Landschaftselemente sind ohnehin nur mit teuren Spezialmaschinen oder händisch zu bearbeiten.

3. Die salzburger und die österreichischen Almbauern insgesamt haben mit größten finanziellen Schwierigkeiten auf Grund von Rückforderungen und Sanktionen durch die AMA (Agrarmarkt Austria) zu kämpfen. Da die Landwirtschaftskammern behaupten, dass es für sie keine rechtlichen Möglichkeiten gibt diese Misere zu bekämpfen und auch kein politischer Wille dafür sichtbar ist, müssen Bauern/Bäuerinnen auf eigene Kosten mit Musterprozessen diese rechtlich unhaltbare Situation bekämpfen. Um als Interessenvertretung wenigstens einen finanziellen Beitrag für die Almbauern zu leisten, stellt der UBV folgenden Antrag. (Die Dringlichkeit wurde vorher abgelehnt.)

   „Die LK-Salzburg mit ihrem Präsidenten Franz ESSL stellt für die ‚Plattform Almfutterfläche/Musterprozesskasse‘, 10.000 Euro zur Verfügung. Dadurch ist die noch einzige Möglichkeit gegeben eine positive Wende – für die gesamte Bauernschaft – in Sachen Almfutterflächen und Digitalisierung zu erreichen.“

* Mit BB-Mehrheitsbeschluss wurde dieser unangenehme Antrag dem Rechts- und Steuerausschuss zur Behandlung irgendwann zugewiesen.

** Betreffs „Musterprozess-Kassa“ hat der UBV-Landesverband Salzburg 1.000 Euro und die IG-Milch 5.500 Euro zur Verfügung gestellt.

4. Die AMA stellt sich in ihrer jetzigen Form als ein Staat im Staate dar. Sie hat ihre eigenen, nicht dem ABGB (Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch) folgenden Gesetze und bringt nicht nachvollziehbare Formen der Verwaltung zur Anwendung. Bauern/Bäuerinnen und die Landwirtschaftskammern müssen (?) sich diesem Diktat unterwerfen und haben fast keine Möglichkeiten diese unsinnigen Vorgangsweisen zu bekämpfen. Der Unabhängige Bauernverband stellt aus diesen Gründen und um weiteren Schaden für die Bauernschaft zu verhindern, folgenden Antrag:

   „Die Vollversammlung der LK-Salzburg mit ihrem Präsidenten Franz ESSL fordern die kommende Regierung und den Landwirtschaftsminister auf, die AMA sofort aufzulösen und eine neue, auf den Grundgesetzen basierende Institution mit neuen Personen zu schaffen. Die nicht GEGEN die Landwirtschaft/Bauernschaft handelt, sondern ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend FÜR die österreichische Landwirtschaft eine machbare und den österreichischen Gesetzen entsprechende Umsetzung der EU-rechtlichen und innerstaatlichen Gesetze vollzieht".

* Dieser Antrag wird zur Chefsache erklärt und deshalb vom Vorstand behandelt.

90 % LEISTETEN KEINE UNTERSCHRIFT

90 Prozent der, von der 380 KV-Leitung betroffenen Bauern/Grundeigentümer verweigerten ihre Unterschrift. Nun ging aber nicht das LK-Präsidium zu den Bauern, um deren Forderungen zu hören, zu diskutieren, sondern man setzte sich mit der Betreiberfirma APG zusammen, um bessere Konditionen für die Bauern herauszuverhandeln. Aber die wollen ja nicht bessere Konditionen, sondern die Erdverkabelung, wie dies in Bayern bereits üblich ist.

Nach Aussagen aus der LK-Salzburg sollten die betroffenen Bauern die neu ausverhandelten Verträge nicht von ihrer Interessenvertretung ausgehändigt bzw. zugesandt bekommen, um diese in Ruhe studieren zu können, sondern die sollten ihnen von Mitarbeitern der APG schmackhaft gemacht werden. Erst als ich dem Präsidium unmissverständlich erklärte, dass ich die von ihnen – ohne meine Einbindung als LK-Vorstandsmitglied – ausgehandelten Verträge, wenigsten von der Kammer und keinesfalls von der APG übermittelt haben möchte, erklärte sich dieses bereit, uns die Verträge zukommen zu lassen. Wir warten noch darauf!!

Es geht um Menschen und Natur!

Mit unserem Antrag „keine Verhandlungen mehr über eine 380 KV-Freileitung", sondern wenn diese notwendig, nur mehr über eine Erdleitung zu verhandeln, ernteten wir von unseren Berufskollegen der BB-Fraktion nur Unverständnis. Dies wiewohl die Kammerräte SCHNITZHOFER und HÖLLBACHER erklärten, „sie seien zwar persönlich für ein Erdkabel, aber öffentlich könnten sie dies als Kammerräte absolut nicht vertreten. Denn dann hätten sie ja dieselben Probleme mit den Anrainern wegen des Erdkabels". In der Diskussion darüber meinte KR HÖLLBACHER ganz emotionell, dass ihn und seine Kollegen der UBV vor sich hertreiben würde und das wäre für ihn untragbar. – Eigentlich ein sehr schönes Lob für uns, aber warum vergisst denn auch der Kollege HÖLLBACHER, was er einst bei seiner Angelobung als Kammerrat gelobte? Von „einer Partei zu dienen", davon war kein Wort drinnen.

Ich musste also dann nochmals die Sichtweise des UBV erklären. Als von der Bauernschaft gewählter Kammerrat habe ich die Pflicht, sollte die 380 KV-Leitung wirklich gebaut werden, mich für jene Variante einzusetzen, die unter den gegebenen Umständen die beste für Mensch und Tier ist. Auch mit dem Wissen, dass es immer Verlierer geben wird. Aber es darf nicht um die Interessen von Konzernen gehen, sondern darum den entstehenden Schaden für Mensch und Natur so gering wie möglich zu halten! Mit der Vogel-Strauß-Methode, den Kopf in den Sand stecken und abwarten, ist niemandem gedient, niemandem geholfen. Für mich ist dies eine unverantwortbare Haltung als Bauernfunktionär.

Wer keine Verantwortung übernehmen will, der sollte auch keine Funktion mit Verantwortung übernehmen!

Namens des UBV-Salzburg wünsche ich allen Bäuerinnen und Bauern, Jung und Alt sowie allen an der Landwirtschaft (bäuerlichen) Interessierten besinnliche Weihnachten, viel Glück in Haus und Hof und ein gutes neues Jahr! EUER GEORG ESSL

STEIERMARK:

Nun werden Gerichte entscheiden!

Hunderte Stunden und tausende Kilometer haben die UBV-Aktivisten in eine Lösung im Almchaos investiert. Am Ende eines Jahres möchte ich mich bei allen Helfern für ihren schon bisherigen Einsatz, aufrichtig und herzlich bedanken.

Aus den, VOR den Nationalratswahlen versprochenen vorläufigen Regelungen und Lösungsansätzen ist nicht mehr viel übrig geblieben. Rückforderungen und Nachberechnungen der AMA trudeln nach wie vor auf den Almbauernhöfen ein. Sie sind so unbegreiflich, undurchsichtig, so wenig nachvollziehbar, wie die meisten vorher.

Die dafür Verantwortlichen setzen jetzt auf Zeit, bauen und nützen die Geduld, bäuerliche Langmut der Mehrheit. Müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich dadurch ein Großteil dieser Bauern vom Bauernbund verabschiedet hat.

Gerechtigkeit wird es nur mehr auf dem Rechtsweg geben. Die Kammern sowie deren Präsidien müssten sich in Grund und Boden schämen, dass deren Rechtsabteilungen dabei völlig abseits stehen. Deshalb hoffen die aufrechten Aktivisten, breite Unterstützung zu finden für unseren „Rechtshilfefonds“ mit dem Anwaltbüro GHENEFF-RAMI-SOMMER. Wir Almbauern hoffen auf Unterstützung von allen Seiten, von all jenen die gegen Unrecht und Benachteiligung sind, damit wir auch die notwendigen Klagen einbringen können.

Wie einem Auszug eines Vortrages von Exkommissar DI Franz FISCHLER in Kärnten zu entnehmen ist *(siehe Seite 2)*, sind wir dabei auf dem richtigen Weg.

Keine Abschiedstränen für Wlodkowski!

Unsere „Wehmut“ hält sich in Grenzen. Nein, wir weinen dem scheidenden Kammerpräsidenten keine Träne nach. Nun, in der LK-Vollversammlung am 20. Dezember übergab er, nach 21 Jahren in dieser Funktion, die Präsidentschaft an seinen Nachfolger Franz TITSCHENBACHER. Kein Unbekannter in der Steiermark, hat er doch schon einige namhafte Funktionen innerhalb des Raiffeisenverbandes. („Schwarzbuch Raiffeisen“ von Holzinger/Staudinger – ISBN 978-3-85476-622-3 – sehr lesenswert.)

Durch seine Funktion als Vorsitzender in der LK-Österreich, wie auch zeitweise als solcher der AMA, hat WLODKOWSKI maßgeblich die Agrarpolitik beeinflusst und ist so mitschuldig am verantwortungslosen Strukturwandel in der Landwirtschaft. Am Bauernsterben und an der ausufernden, nicht auszuhaltenden Bürokratie. 18.000 Betriebe haben in der Zeit seiner Präsidentschaft ihr „Unternehmen Bauernhof“ für immer geschlossen. – Es erscheint mir überlegenswert durch „Gedenkfeiern“ in allen Bundesländern, auf dieses Bauernsterben aufmerksam zu machen.

KR Johann Ilsinger

Almflächen – Musterprozesskasse – Bedingungen

In den einzelnen Informationsveranstaltungen der letzten Wochen ist die Idee einer „Musterprozesskasse“ von zahlreichen Betroffenen und Interessierten sehr gut aufgenommen worden. Dadurch soll ermöglicht werden, dass ein oder mehrere Musterprozesse zur „Almfutterflächenproblematik“ finanziert und geführt werden können.

Jeder betroffene Landwirt, aber auch Interessierte und Unterstützer (Handelsorganisationen, Landmaschinenhändler) kann einen freiwilligen Beitrag in der Höhe von idealerweise 1.000 Euro, zumindest 200 Euro, in diese Kasse einzahlen. Dafür hat die Rechtsanwälte OG „Gheneff-Rami-Sommer“ bei der Bank für Kärnten und Steiermark folgendes „Ander Konto“ eingerichtet: Kto.-Nr. 100-148447 – BLZ: 17000 – BIC: BFKKAT2K und IBAN: 1700 0001 0014 8447 – Bezeichnung „Almfutterflächen“.

Eine Nachschusspflicht besteht nicht

Die Entscheidung welche/r Musterprozess/e geführt wird/werden, treffen Heimo URBAS von der „Plattform Almfutterflächen“ und MMag. Michael SOMMER (Rechtsanwälte OG) gemeinsam. Für den Fall der Nichteinigung entscheidet das Los.

Über den Verlauf des/der Musterverfahren, den Kontostand der Musterprozesskasse und über deren Abrechnungen und Zahlungen wird NUR über die Webseite ›www.law-in-austria.at‹ informiert. – Dort den LINK „Team“ anklicken, dann MMag. Michael SOMMER und dann bei dessen Spezial-

gebieten „Almfutterflächen“ nähere Informationen „HIER“ anklicken. Ebenso führt der LINK „Almfutterflächen-Musterprozesskasse“ auf ›www.almfutterflaechen.at‹ zu diesem Informationsteil.

Die tarifmäßigen (AHK) Verfahrenskosten eines oder mehrerer Musterprozesse samt Gerichtsgebühren, Zeugen- und Sachverständigenkosten etc., allfälliger Kostenersatz an die Gegenseite sowie auch Abgaben, Steuern und Gebühren werden aus der Musterprozesskasse beglichen. **Durch Einzahlungen in diese, entsteht KEIN Mandatsverhältnis zur genannten Rechtsanwälte OG** und naturgemäß auch kein Rechtsanspruch auf unmittelbare Leistung durch den jeweiligen Einzahler, weil ja durch die Einzahlung ausschließlich Musterprozess/e finanziert werden sollen. **Das Mandatsverhältnis entsteht nur gegenüber denjenigen Personen, die als Verfahrenspartei in dem/den Musterprozess/en auftreten und von Heimo URBAS und MMag. SOMMER ausgewählt werden.** Eine Haftung der Rechtsanwälte OG besteht auch nur dieser/n Person/en gegenüber und ist mit maximal 400.000 Euro begrenzt.

Wenn alle Musterprozesse abgeschlossen sind, werden allfällige Restgelder der Musterprozesskasse anteilig an die jeweiligen Einzahler unter Vorabzug einer Verwaltungspauschale von einem Prozent der anfänglichen Gesamtsumme, maximal jedoch 1.200 Euro (inkl. Umsatzsteuer) rücküberwiesen, wobei die Kontoführungskosten abgezogen und mit allfälligen Zinszuwächsen gegenverrechnet werden. Unleserliche oder fehlende Einzahlerdaten ermöglichen keine Rücküberweisung. – Mündliche Nebenabreden gelten nicht! Durch Einzahlungen in die „Musterprozesskasse“ werden diese Bedingungen unwiderruflich akzeptiert.

Ansprechpartner ist: MMag. Michael Sommer, Völkermarkter Ring 1, 9020 Klagenfurt, Tel.: 0463/50 29 40, E-Mail: kaernten@law-in-austria.at

OBERÖSTERREICH:

Die neue Bundesverbandsleitung

Der, als Gastredner am Bundesverbandstag vom 24.11.2013 vorgesehene Referent KR Manfred MUHR (Vorstandsmitglied in der LK-Kärnten und Obmann-Stv. der IG-Fleisch) musste sein Kommen wegen extremer Schneefälle absagen. Das war schade, denn sein Thema „Einheitswertfeststellung neu – höhere Abgaben bei gesunkenen Einkommen?“ ist hochaktuell und er hat dazu – auf Grund SEINER Erfahrungen – viel zu sagen. (Dieses, sein Wissen, hat er auch in einem vierseitigen Schriftstück festgehalten.) Die Vollversammlung nahm dies mit großem Bedauern zur Kenntnis, hofft auf die Nachholung dieses Referates und befasste sich dafür eingehend mit den Berichten aus den verschiedenen Landesverbänden. –

Die neue Bundes-Verbands-Leitung

In der daran anschließenden **Jahreshauptversammlung 2013** stand naturgemäß die satzungsgemäße Neuwahl der Bundesverbandsleitung im Mittelpunkt des Interesses. Vorher erfolgten die verschiedenen Berichte. Bu.Vb.-Obmann KR Karl KEPLINGER brachte eine Zusammenfassung der UBV-Aktivitäten im abgelaufenen Verbandsjahr und teilte mit, was er in Bezug auf die Koalitionsverhandlungen in Erfahrung gebracht hatte. Demnach fehlen im Agrarbudget plötzlich 600 Mio. Euro, die SPÖ will 15 % der Gelder aus „Säule 1“ in „Säule 2“ umwidmen und bis 22.11. sollten die Verhandlungen abgeschlossen sein. – **Der UBV hat allen Verantwortlichen ein 10-seitiges Memorandum betreffend die Umsetzung von GAPneu in Österreich vorgelegt,** das der Bauer Mag. Peter HEHENBERGER ausgearbeitet hat. Darin sind die Forderungen und deren Begründung zusammengefasst (siehe UBV-Homepage). Für die Bauern, Bäuerinnen einen Aufreger wert ist schon, dass der Titel **„Verwaltungskosten“ im EU-Agrarbudget um neun Prozent gestiegen ist. Dies bei einem Strukturwandel dem jährlich EU-weit Abertausende zum Opfer fallen.** Auch Kommissar CIOLOS hat Büro-ABBAU versprochen!

Neu gewählt, wieder gewählt wurden zum:

Bu.Vb.-Obmann:	KR Karl KEPLINGER Piberstein 11 4184 Helfenberg Oberösterreich	Stv.: *Bu.Vb.-Obmann*	KR Johann ILSINGER Erlsbach 14 8953 Donnersbach Steiermark	Stv.: *Bu.Vb.-Obmann*	KR Georg ESSL Unterlangenberg 80 5431 Kuchl Salzburg
Stv.: *Bu.Vb.-Obmann*	Peter SCHMIEDLECHNER Pürahöfen 12 2813 Lichteneg Niederösterreich	Stv.: *Bu.Vb.-Obmann*	Manfred MUHR Polan 2 9062 Moosburg Kärnten	Kassier:	Hannes WINKLEHNER Galgenau 5 4212 Neumarkt/M Oberösterreich
Stv.: *Kassier*	KR Stefan WEISS Unterlangenberg 86 5431 Kuchl Salzburg	Schrift-führer:	Mag. Peter HEHENBERGER Damreith 9 4170 Lichtenau Oberösterreich	Stv.: *Schrift-führer-*	Dr. Wilfried WENZL Salberweg 10a 8940 Liezen Steiermark

Als Beiräte fungieren sämtliche Funktionäre, die in Ausschüssen der Landwirtschaftskammern tätig sind, d.h. auch alle Ausschuss-Ersatzmitglieder. Der vorgetragene Wahlvorschlag wurde von der Vollversammlung einstimmig angenommen.

EWneu – höhere Abgaben – gesunkene Einkommen

Aus dem Erfahrungsbericht von KR Manfred Muhr

Mein intensives Interesse am Einheitswert (EW) habe ich einer betriebswirtschaftlichen Krise zu „verdanken“. Im Jahr 2010 konnte ich trotz vorausschauender, gewissenhafter Führung meines Betriebes (80 ha Nutzfläche, 50 Mutterkühe mit Nachzucht ca. 50.000 Euro/EW) meine SV-Beiträge nicht mehr bezahlen. Investitionen, Pacht- und Schuldzinsen, junge Familie mit drei Kindern, Vollerwerbsbauer, teilweise Exekution meiner AMA-Fördergelder. – Übergang zur Teilpauschalierung = 10.000 Euro Ersparnis/Jahr. Mein tatsächliches Einkommen wird vorgelegt.

Der EW ist ein ERTRAGS- und KEIN Vermögenswert

Gemäß Bewertungsgesetz 1955 § 32/Abs. 2 „ist der EW das 18-fache des Reinertrages eines schuldenfreien Betriebes unter gewöhnlichen Verhältnissen, auf Fremdlohnbasis und mit einem der gemeinüblichen Bewirtschaftung des Betriebes notwendigen Bestand an Wirtschaftsgebäuden ausgestattet.“

Die LK-Kärnten hat einen eigenen Gutsbetrieb, der voll den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Trotz einer Gesamtfläche von 204 ha (davon 78 ha arrondierte Nutzfläche), 70 Mutterkühen und Nachzucht, ist daraus kein land- und forstwirtschaftlicher Gewinn zu erwirtschaften. – Unser Antrag in der LK-Kärnten, diesen Betrieb als Kärntner Hauptvergleichsbetrieb zu nominieren wurde dennoch mehrheitlich abgelehnt.

Hauptvergleichsbetriebe sind die Basis aller EW und stellen laut Gesetz den besten Betrieb im Sinn dieser Bestimmungen (ohne Zu- und Abschläge) dar. Als ein Kollege 2011 die Finanzministerin schriftlich ersuchte, diesen Hauptvergleichsbetrieb besichtigen zu dürfen, bekam er zur Antwort, dass dies nicht möglich sei, weil es sich dabei um einen fiktiven, in der Natur nicht existenten Betrieb handelt. Das heißt, wir zahlen Abgaben nach einer Fiktion, die EW-Erhöhungen auch dann ermöglicht, wenn die Betriebsausgaben stetig steigen und die Einnahmen zurückgehen.

Was kommt auf uns zu?

1. Der Hektarhöchstsatz wird von 2.289 Euro auf 2.400 Euro erhöht. **Der EW steigt um 5 Prozent!**
2. Die Gewichtung wird verändert, d.h. 83 % = Bodenbewertung etc. – 13 % = öffentliche Gelder und 4 % = überdurchschnittliche Viehhaltung.
   Allein durch Einrechnung der öffentlichen Gelder steigt der EW/ha um 100 Euro.
3. Viehstarke Betriebe werden mit höheren Abgaben bestraft.
4. **Die forstwirtschaftlichen EW werden generell um 10 % erhöht.** Begründung, mehr Vorrat.

Das Resümee lautet: Durch die vorher erwähnten Veränderungen werden sich die EW um 10 bis 40 Prozent nach oben verändern. Es ist daher im Interesse jedes Bauern/Landwirtes, den neuen EW-Bescheid mit allen rechtlichen Mitteln, unter Zuhilfenahme der oben erwähnten Einkommenstatsachen zu beeinspruchen. Wir werden auf mehreren Homepages von IG-Milch, IG-Fleisch, UBV… Mustereinsprüche zur Verfügung stellen und stehen auch zur persönlichen Beratung zur Verfügung.

Präsidenten-Aussagen – „Schweinetage Wels“

Am 20./21. November waren die sogenannten „Schweinetage“ in Wels. Der Zulauf war groß, die LK-Führung voll vertreten. Zwei kritische Wortmeldungen seien wegen der Antworten des LK-Präsidiums besonders erwähnt.

1. Anfrage: „Ich habe 2011 auf Anraten der LK die Schweinehaltung ausgeweitet, einen neuen Stall gebaut. Ab 1.1.2015 habe ich deswegen große Probleme, weil ich dadurch über 120 GVE komme und die Vollpauschalierung verliere. Ich bin empört, dass die Interessenvertretung den neuen schikanösen Grenzen zugestimmt hat.“

Antwort Vizepräsident GRABMAYR: „Das Ende der Pauschalierung bedeutet nicht das Ende der Landwirtschaft. In Deutschland ist jeder mit 20 ha, in der Schweiz schon ab vier Hektar buchhaltungspflichtig.“

2. Wortmeldung: „Herr Präsident REISECKER, Sie haben in Ihrem Referat darauf hingewiesen, dass die Vollpauschalierung für die Schweinehalter sehr wichtig ist. Aber mit der beschlossenen 75.000er Grenze und den neuen höheren Einheitswerten, die zwar erst ab Mitte 2015 ausgeschickt werden, aber bereits ab 1.1.2015 gelten, werden viele Schweinehalter mit 120 GVE diese Vollpauschalierung verlieren. Unsere Steuerberater sagen, dass all jene Betriebe, die jetzt schon zwischen 75.000 und 100.000 EW liegen **spätestens bis Herbst 2014 Handlungsbedarf haben,** denn wenn man 2015 in der Teilpauschalierung dann nicht mehr Platz findet, werden wegen ‚fiktivem Übergangsgewinn‘ enorme Strafzahlungen fällig.“

Antwort Präsident REISECKER: „Es hat überhaupt kein Landwirt Handlungsbedarf“.

STEFAN WURM

Präs. Reisecker spricht von guten Holzpreisen

Schon im Vorfeld des **heurigen Waldbauerntages** sprach LK-Präsident REISECKER von einer stabilen Marktlage und GUTEN Holzpreisen. Viele Waldbauern sind von dieser Aussage enttäuscht und verärgert. Derzeit kostet ein Festmeter Rundholz bester Qualität je Festmeter (FM) 104 Euro. Im Jahr 1999 kostete ein solcher, bei wesentlich leichteren Qualitätskriterien, umgerechnet 125 Euro. Rechnet man die gestiegenen Produktionskosten seit damals und die Inflation dazu, dann müsste dieser FM-Rundholz aktuell rund 200 Euro kosten. Noch schlimmer schaut es mit einem **Kaufkraftvergleich** aus. 1990 konnte man mit einem FM Fichtenholz 10 Arbeitsstunden eines Mechanikers, Maurers, Elektrikers … bezahlen, heute bestenfalls 1,5 Arbeitsstunden.

LEO STEINBICHLER

Wiederum ist nix fix

Ihr erinnert Euch noch an die Jubelmeldungen VOR der NR-Wahl? „Die Kofinanzierung der Brüsselgelder ist fix gesichert.“ Nix ist fix, muss man einer Presseaussendung der LK-Österreich entnehmen (Dr. Siffert) wo es heißt: „Das Programm ‚Ländliche Entwicklung‘ dient allen Menschen am Land. Den Motor bildet die Landwirtschaft, den Erfolg teilen sich Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Umwelt, wie auch Wirtschaftsforscher bestätigen. **Daher verlangen wir, dass die Regierungsspitze ihr, vor der Wahl abgegebenes Versprechen auf Punkt und Beistrich einhält und die bewährte Kofinanzierung, die jedem Euro aus Brüssel einen aus Österreich entgegenstellt, weiterführt. Angesichts eines erneut drohenden deutlichen Einkommensminus 2013, wehren wir uns gegen Pläne, mit Geldern aus dem Agrarbudget, Lücken in den anderen Bereichen stopfen zu wollen.“**

PRÄSIDENT GERHARD WLODKOWSKI

Kein „Ökonomierat“ G. Nowotny

Vor einigen Wochen, in einer Oktobernummer der Kammerzeitschrift „Der Bauer“ wurde „Ökonomierat“ Gerhard Nowotny, also mir, zum 85er gratuliert. Ich fand dies, als langjähriges Mitglied der Vollversammlung (1967 – 93) sehr aufmerksam, aber der „Ökonomierat“ war falsch und das hatte für mich Folgen. Ich wurde damit angesprochen, gefragt warum ich dies nie gesagt hätte und dergleichen. Ich habe mich nie mit fremden Federn geschmückt und Titel sind nicht meines. Deshalb dieser Artikel.

Als ich vor etwa 30 Jahren diese Auszeichnung angeboten bekam, habe ich aus persönlichen Gründen dankend abgelehnt. Ich weiß bis heute nicht wer mich damals vorgeschlagen hat, habe auch nie nachgefragt. Im Kammeramt war man sich offensichtlich nicht sicher, wollte mich nicht verletzen und machte mich taxfrei zum „Ökonomierat“.

Überrascht war ich, dass dies in der LK-Vollversammlung am 10.12.2013 angesprochen wurde, eine Debatte auslöste, zu der ich dann eine kurze Klarstellung machte und erwähnte, dass ich dies auch brieflich dem Präsidium mitgeteilt habe.

Als ich nach 26 Jahren als Mitglied der Vollversammlung und Fraktionssprecher des ABV/UBV 1993 dieses Mandat an Jüngere übergab, wurde mir als besondere Auszeichnung für meine Tätigkeit als berufsständischer Interessenvertreter, die „Ehrennadel der Landwirtschaftskammer Oberösterreich“ überreicht. Darüber habe ich mich gefreut und bemühe mich seither und weiterhin, solange mir dies möglich ist, dieser Auszeichnung gerecht zu werden. – Als fast regelmäßiger Zuhörer der Kammervollversammlungen gestehe ich freimütig, dass es mich auch jetzt noch manchmal reizen würde ans Rednerpult zu gehen. Könnt Ihr das verstehen?

GENO

Bezirks-Informations-Versammlungen

Wie alljährlich gibt der UBV Rechenschaft über seine Aktivitäten und seine weiteren Vorhaben, indem Obmann KR KEPLINGER, sein Stellvertreter WINKLEHNER und andere Leitungsmitglieder inkl. GF LOHNER **zu den Mitgliedern in die Bezirke hinausgehen.** Das ist zeitaufwändig und – wegen der Abendveranstaltungen – auch anstrengend, geschieht aber gerne, wenn sich auch die Mitglieder und Interessierte für diese interessanten Informationsveranstaltungen Zeit nehmen und hinkommen. Vorerst sind festgelegt (bitte pünktlich!!):

Bezirk Grieskirchen:	Fr, 3. Jänner 2014 –	Gh. MAIER in Hofmark 9 – 4742 Pram – mit Beginn 19.30 Uhr
Bezirk Freistadt:	Fr, 10. Jänner 2014 –	Gh. MADER in Lest 39 – 4212 Neumarkt – mit Beginn 20 Uhr
Bezirk Urfahr:	Mo, 13. Jänner 2014 –	Gh. STÖBICH – Marktstr. 3 – 4201 Gramastetten – mit Beginn 19.30 Uhr
Bezirk Perg:	Mi, 22. Jänner 2014 –	Gh. HOLZER Helmut – Pergerstr. 2 – 4322 Windhaag bei Perg – mit Beginn um 20 Uhr
Bezirk Rohrbach:	Fr, 24. Jänner 2014 –	Gh. PEINBAUER – Marktplatz 5 – 4121 Altenfelden – mit Beginn um 20 Uhr

---

EINLADUNG ZUM LANDESVERBANDSTAG DES UBV/OÖ

am Freitag, dem 27. Dezember 2013 – Gh. FRIEDL (AVIA-Tankstelle) am Schallerbacherberg (Müllerberg 23) in 4701 Schallerbach – Beginn 19.30 Uhr.

Als Gastreferent spricht:

DI Günther FELSSNER – Bez.-Präsident des BBV Bezirksverband Mittelfranken

Thema: **BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT – AUSLAUFMODELL ODER ZUKUNFTSVISION“**

Es geht um Preisentwicklung Rind- und Schweinefleisch, Milch und Getreide bis zum Jahr 2020. Sind Kontrollen notwendig – oder Schikane? Was verlangt die Europäische Union? Eine überaus interessante Vorschau eines Praktikers, der davon etwas versteht.

Eine gesonderte schriftliche Einladung erhält jedes UBV-Mitglied!

KOMMT! – HÖRT! – DISKUTIERT! – UND SEID PÜNKTLICH UND ZAHLREICH!

BITTE NICHT VERGESSEN! Mitgliedsbeitrag einzahlen! Es darf auch mehr sein! – DANKE!

B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

Hiermit trete ich dem **„Österr. Unabhäng. Bauernverband“,** Landesverband _____ bei.

Vor- und Zuname: _____ geb. am: _____

Hausname: _____ Wohnort: _____

Post: _____ Tel/Fax/E-Mail: _____

Land- u. Forstw. Einheitswert: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich erhalte die **„Unabhäng. Bauernzeitung“ (UBZ) kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 25,– Euro/Jahr).

Bitte einsenden aus: *NÖ + Bgl. + Wien* ***an:*** *Ingrid Rappersberger, Eisguggen 1, 3243 St. Leonhard/Forst*
OÖ + Krnt. + Vrbg. ***an:*** *Johann Lohner, Aigelsberg 6, 4951 Polling*
Salzburg + Tirol ***an:*** *Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen*
Steiermark ***an:*** *Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach*

WWW.UBV.AT
OFFICE@UBV.AT